

## BayernSPD Landtagsfraktion



Bayern,  
aber gerechter.

BayernSPD Landtagsfraktion • Maximilianeum • 81627 München

### FAX-MITTEILUNG

Von: Daniela Faust  
Telefon: 089 4126 2301  
FAX-Nr.: 089 4126 1301

An: Herrn Dr. jur. Christoph Palme  
Firma: Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht Tübingen

FAX-Nr.: 07071 / 6878162

Datum: 23.04.2008  
Anzahl der Seiten: 5 incl. Deckblatt

Sehr geehrter Herr Dr. Palme,

im Auftrag und mit besten Grüßen von Berthold Merkel darf ich Ihnen die Pressemitteilungen zum Thema Genmais zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Faust  
- Sekretariat -

### Anlage

Fr. 22.04.08

# SPD fordert Genmais-Verbot

**LANDWIRTSCHAFT** Die Staatsregierung sieht keine Handhabe gegen die Aussaat. Der Schwerpunkt des Anbaus liegt im unterfränkischen Landkreis Kitzingen.

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN THOMAS LANGE

München - MON 810 heißt der gentechnisch veränderte Mais, der resistent sein soll gegen den Schädling Maiszünsler, von dem aber nach Ansicht von Kritikern auch eine Gefahr unter anderem für Bienen und Kleinorganismen im Boden ausgeht. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Ludwig Wörner, forderte gestern das Landwirtschaftsministerium und die Staatsregierung auf, „die Finger von diesem Dreckszeug zu lassen“. Das Argument, dass die Staatsregierung den Anbau von Genmais nicht einfach verbieten könne, bezeichnete er als „Märchen“. Landwirtschaftsminister Josef Müller (CSU) habe die rechtlichen Möglichkeiten „nicht verstanden“ und sei „überfordert“. Dies wies das Landwirtschaftsministerium gestern auf Anfrage unserer Zeitung entschieden zurück. Der Anbau von Genmais sei EU-weit zugelassen, und die Staatsregierung habe keine Handhabe für ein Verbot.

Neben dem staatlichen Versuchsanbau von Genmais, der unter der Regie des Landwirtschaftsministeriums auf einer Fläche von insgesamt rund 1,6 Hektar stattfindet, gibt es heuer eine Reihe von Anträgen von Landwirten, für deren Prüfung

das Umweltministerium zuständig ist. Während in Oberfranken, Mittelfranken und der Oberpfalz keine Aussaat stattfindet, liegt neben einzelnen Anträgen aus Schwaben, Niederbayern und Oberbayern der deutliche Schwerpunkt im unterfränkischen Landkreis Kitzingen. Dort sind 22 Anträge auf den Anbau von Genmais gestellt.

Gestützt auf ein Rechtsgutachten, das Christoph Palme vom Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht in Tübingen vorstellte, erneuerte Wörner gestern die Forderung nach einem sofortigen Verbot des Anbaus von Genmais in Bayern. Ein Dringlichkeitsantrag der SPD sei in der vergangenen Woche nur deshalb abgelehnt worden, „weil er das Märchen enttarnt hätte, man könne den Mais nicht verbieten“. Jederzeit einstellen könne Minister Müller auch die staatlichen Aktivitäten: „Kein Mensch zwingt ihn zum Versuchsanbau.“ Als „Ungeheuerlichkeit“ wies das Ministerium gestern die Unterstellung zurück, der Minister und die Staatsregierung seien „willfähige Handlanger der Agrarindustrie“. Richtig sei vielmehr: „Wenn wir die Versuche nicht selbst durchführen, dann überlassen wir das Feld wirtschaftlich Interessierten.“ Seite 2



Genmanipulierter Mais der Sorte MON 810

Foto: Jörg Koch/ddd

# Juristische Offensiven gegen Genmais-Anbau in Bayern

*Institut verklagt Seehofer – SPD wirft CSU Mutlosigkeit vor*

Von unserer Münchner Korrespondentin  
CAROLIN KREIL

MÜNCHEN „Erpressung“ schmetterte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) in der „Bild am Sonntag“ der Agrar- und Lebensmittelindustrie entgegen und brach eine Lanze für die bäuerliche Landwirtschaft. „Sonntagsreden“, empört sich der Umweltsprecher der SPD-Fraktion im Landtag, Ludwig Wörner. Wenn es Seehofer und der CSU ernst wäre, müssten sie zuerst dem Genmais-Anbau einen Riegel vorschieben.

Dass das möglich ist, soll eine Feststellungsklage beim Verwaltungsgericht Braunschweig beweisen, die das Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht in Tübingen in dieser Woche einreichen will. Sie soll beweisen, dass das Vermarktungsverbot, das Seehofers Ministerium im April 2007 für die Sorte MON 810 erlassen und im Dezember aufgehoben hatte, noch in Kraft und damit der Genmais-Anbau 2008 bundesweit unzulässig ist.

## Verbot noch gültig?

Stützen will sich das Institut auf Auflagen, die dem Konzern Monsanto wegen neuer Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von MON 810 gemacht wurden. Diese habe das Unternehmen nicht erfüllt, so der Jurist des Instituts, Christoph Palme. Selbst das Bundesamt für Umwelt habe dies so beurteilt.

Das Verbot Seehofers sei „scheinheilige Schaufensterpolitik“, wirft die umweltpolitische Sprecherin der



Ludwig Wörner, Umweltparte  
der Landtags-SPD. FOTO PRIVAT

Landtags-Grünen, Ruth Paulig, Seehofer vor. Im April 2007 sei laut Paulig die laufende Anbausaison ausgenommen worden. Im Dezember 2007 hob Seehofer das Vermarktungsverbot auf – rechtzeitig für 2008. „Was ist damit gewonnen?“ fragt sie. Doch der Vorwurf der Inkonsistenz richtet sich auch gegen die SPD. „Wenn die SPD keinen Genmais-Anbau wollte, hätte sie ja dem Antrag der Grünen im Bundestag im März zustimmen können.“ Das hat sie nicht.

SPD-Mann Ludwig Wörner verdrießt das nicht. Für ihn ist die CSU am Zug. Dafür präsentierte er mit Palme juristische Spitzfindigkeiten für den Ausstieg aus dem Anbau – in Einzelfällen, die der Freistaat mal „durchklagen“ solle. Sonst mache sich die Staatsregierung zum „will-

fähigen Handlanger“ großer Konzerne. Das vorgeschlagene Modell gleicht dem, mit dem ein Imker bei Augsburger Verwaltungsrichtern im 2007 erfolgreich war. Gegen den Freistaat. Der Imker machte geltend, dass seine Bienen durch ein staatliches Versuchsfeld gefährdet seien und erhielt in erster Instanz Recht.

## „Populistischer Unsinn“

Als „populistischen Unsinn“ bezeichnet Alfons Kraus, Sprecher des Landwirtschaftsministeriums, den „Handlanger“-Vorwurf. Man rate weder im Umwelt- noch im Landwirtschaftsministerium Bauern zum Genmais-Anbau, aus Gründen der Haftung und wegen des Fehlens von Märkten. Einen anderen Weg wollen die Grünen gehen. Sie beantragen für die Landtagssitzung am Donnerstag eine Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes. Darin soll der Schutz von Naturschutzgebieten und Nationalparks so ausgeweitet werden, dass in ihrer Nähe kein Anbau von Gentechnik-Pflanzen stattfinden darf. In Unterfranken ließen sich so Anbauflächen rund um die Gemeinde Fröhstockheim verbieten.

## Im Blickpunkt

### MON 810-Anbau in Bayern

MON 810 ist eine gentechnisch veränderte Maissorte des US-Konzerns Monsanto, die ein Gift gegen den Maiszünsler produziert. Mit Stand vom 20. April 2008 gibt es 31 Anbau-Anträge auf einer Fläche von 96,89 Hektar in Bayern. 22 davon im Landkreis Kitzingen.

st 22.04.08  
~~SPD: CSU als Handlanger  
 der Saatgutkonzerne~~

**München** – Die Landtags-SPD macht weiter Front gegen den Anbau von Genmais der Sorte Mon810 in Bayern. Die Staatsregierung sei nicht bereit, den Anbau zu stoppen, und mache sich damit zu einem „willfährigen Handlanger“ großer Saatgutkonzerne, sagte der SPD-Umweltpolitiker Ludwig Wörner in München. Damit setzten die CSU und die Regierung den Freistaat bewusst „einem massiven und dauerhaften Schaden“ aus. Gefährdet seien die konventionelle und biologische Landwirtschaft, Futtermittelhersteller, Imker, die Lebensmittelwirtschaft und „alle Menschen als Verbraucher“. Wörner rief dazu auf, „die Finger von diesem Drecks-Zeng zu lassen“. Der Jurist Christoph Palme vom Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht in Tübingen argumentierte, ein Anbauverbot für Genmais sei trotz EU-Zulassung juristisch möglich. *dpa*

Az, 22.04.08  
~~SPD empört: Genmais  
 wird weiter angebaut~~

*Trotz bekannter Risiken  
 der Pflanzen ist der  
 SPD-Verbotsantrag  
 im Landtag gescheitert*

**MÜNCHEN** Für Ludwig Wörner, umwelt- und verbraucherpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, steht seit letzter Woche fest: „Die CSU-Mehrheit im Landtag und die Bayerische Staatsregierung verletzen massivst ihre Vorsorgepflichten.“ Ein Dringlichkeitsantrag der SPD, in dem Genmais vom Typ MON 810 in Einzelfällen sofort verboten werden soll, war abge-

lehnt worden. Dabei seien die Auswirkungen von Genmais auf die Umwelt nicht ausreichend erforscht. In den USA habe es bereits massenweise Bienensterben in der Nähe von Anbauflächen gegeben.

Dass Bayern aufgrund der rechtlichen Situation die Hände gebunden seien, bezeichnet Wörner als „ein Märchen“. Naturschutzrechtler Christoph Palme sagt dazu: „Zwar ist die Pflanze EU-weit zugelassen. Gibt es jedoch neue Risiken, kann sie auf nationaler - und auch Länderebene verboten werden.“

Seite 13, DK Nr. 94, Dienstag, 22. April 2008

# Kein Appetit auf Genmais

Landtags-SPD: „Finger weg von diesem Dreckszeug“

**München (dpa)** Die Landtags-SPD macht weiter Front gegen den Anbau von Genmais der Sorte MON810 in Bayern.

Die Staatsregierung sei nicht bereit, den Anbau zu stoppen, und mache sich damit zu einem „willfährigen Handlanger“ großer Saatgutkonzerne, sagte der SPD-Umweltpolitiker Ludwig Wörner gestern in München. Damit setzten die CSU und die Regierung den Freistaat bewusst „einem massiven und dauerhaften Schaden“ aus. Gefährdet seien die konventionelle und biologische Landwirtschaft, Futtermittelhersteller, Imker, die Lebensmittelwirtschaft und „alle Menschen als Verbraucher“. Wörner rief deshalb dazu auf, „die Finger von diesem Dreckszeug zu lassen“.

Der Jurist Christoph Palme vom Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht in Tübingen argumentierte, ein Anbauverbot für Genmais sei trotz EU-Zulassung juristisch möglich. Er verwies zudem auf eine ausstehende Klage gegen den Genmais-Anbau in Deutschland.

Das bayerische Landwirtschaftsministerium hatte zuletzt angekündigt, die Landessortenversuche zu dem umstrittenen Mais aufzugeben. Auf den

wissenschaftlichen Versuchsanbau auf insgesamt 1,6 Hektar will der Freistaat aber nicht verzichten. Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) hatte im Dezember vergangenen Jahres den Verkauf der Genmaissorte MON810, der ein Gift gegen den Schädling Maiszünsler enthält, wieder erlaubt. Mehrere EU-Länder stoppten den Anbau aber trotz EU-Zulassung. In Deutschland darf MON810 nur unter verschärfter Beobachtung angebaut werden.

Die SPD-Landtagsfraktion

war im Landtag zuletzt mit einem Dringlichkeitsantrag, der einen sofortigen Stopp des Anbaus von MON810 in Bayern zum Ziel hatte, an der CSU-Mehrheit gescheitert.

Am Sonntag hatten in Forstwiesen (Landkreis Pfaffenhofen) rund 500 Demonstranten dagegen protestiert, dass auf einem Versuchsfeld erneut der genmanipulierte Mais MON810 des US-Konzerns Monsanto ausgesät wird. Zu den Protesten hatte das Aktionsbündnis für ein gentechnikfreies Bayern aufgerufen.

## Gen-Qualität aus Bayern?

Es mag ja sein, dass der Genmais einem Schädling das Leben schwer macht, der den schönen Namen Maiszünsler trägt. Es mehren sich aber auch Hinweise darauf, dass die gentechnisch veränderte Pflanze Bienen und Schmetterlingen ebenso den Garaus macht wie Kleinlebewesen, die gewissermaßen im Untergrund für die Bauern ar-

sondern den Anbau einfach verbieten. Österreich hat dies längst getan, und sogar das sonst so technikgläubige Frankreich ist diesem Beispiel heuer gefolgt. Schon insoweit ist die Haltung der bayerischen Staatsregierung, die sich bei ihrer strikten Ablehnung jeder Verbotsdiskussion auf EU-Recht beruft, durchaus fragwürdig. Auch der Hinweis auf notwendige Forschung zieht dann nicht, wenn, wie vor allem im unterfränkischen Landkreis Kitzingen der Fall, Landwirte schon auf Genmais setzen können, während die staatlichen Versuche noch laufen. Sicher ist, dass gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ein massives Akzeptanzproblem haben – zwar nicht bei manchen Produzenten, aber bei der großen Mehrheit der Konsumenten. Die Staatsregierung muss sich der Frage stellen, ob sie nicht den bayerischen Bauern insgesamt eine Bärendienst erweist, wenn sie sich nicht gegen den Anbau von Genmais wendet. Der könnte, weil in der Verbreitung unkontrollierbar, die viel gerühmte Qualität aus Bayern in Verruf bringen.



Thomas Lange

beiten und dort für einen ertragreichen Ackerboden sorgen. Fest steht mittlerweile, dass der Genmais größere Entfernungen zu bisher genfreien Feldern überwindet, als ursprünglich angenommen, und dass er noch nach über zehn Jahren im Boden nachgewiesen werden kann.

Es mag auch sein, dass die EU Genmais generell für zulässig erklärt hat. Es mehren sich aber die Länder, die sich darum nicht weiter scheren,

Tf: 22.04.08